

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

290 (14.12.1931)



# „Wir wollen sterben!“

Sehr geehrter Herr Reichsanstler!

Sie wohnen, abgeschliffen von der Welt, in Ihrem Palast in der Wilhelmstraße und haben sicherlich keine Ahnung davon, was sich seit einigen Wochen zwischen den Mietskältern der großen Städte in den Vorderhäusern und in den Hinterhöfen, in den Kneipen und in den Stechtierhallen begibt.

Sonst wären Sie sicherlich viel früher über die verberbernde Wirkung der nationalsozialistischen Welle aufgebraut, sonst wären Sie sicherlich jeden Tag hundertmal wie von einer Furie gepackt in die Süße gefahren! Wenn Sie nur eine blasse Ahnung davon hätten, wie tief der Bohn über den Trevel der nationalsozialistischen Mordbrutungen in die Seelen der Massen eingebrungen ist!

Also hören Sie!  
Ich habe dieser Tage im Norden Berlins vor etwa hundert republikanischen Arbeitern und Bürgern, die alle im Reichsbannerrot gekommen sind, gesprochen und eine Diskussion ausgelöst, in der ein schätzlicher, etwa 50 Jahre alter Arbeiter, der mit seiner Frau, seinen zwei Tüngens und seinem Mädel erschienen war, das Wort ergriffen hat.

Dieser Kamerad, jagte mir D., den vielleicht die Not und der Jammer dieser Zeit besonders tief erfaßt hat, laßt nun unter atemloser Stille in dem kleinen mit Menschen angefüllten Schulbühnenlokal:

„Wenn es nicht anders geht, werden wir Männer uns zusammen tun müssen und sterben! — — —“

Sterben!  
Das war wie ein Kanonenschuß. Eine Kirchenstille ringsum. Der Kellner wagte keinen Schritt durch den kleinen Saal zu setzen. Die Menschen, Männer und Frauen, atmen lautlos vor sich hin und starren auf den Sprecher, der dieses simple Wort gelassen von sich gibt.

Und nun kommt das sonderbare. Rings um den Arbeiter und deutschen Staatsbürger D. sitzen die Frau, die beiden Tüngens und das Mädel. Ich habe mir nachher erzählen lassen, daß der Arbeiter D. der einzige Mann der Familie ist, der bei der WGS noch mit Kurzarbeit beschäftigt ist. Die Kinder sind arbeitslos. Nun sollte man doch glauben, daß die vier Familienmitglieder des Arbeiterhaushalts D. entsetzt aufgesprungen wären und mit erschreckten Augen ihren Ernährer betrachtet hätten, etwa mit dem einen Gedanken: „Nemich, du bist wohl verrückt? Sterben willst du? Und was sollen wir?“

Aber keine Spur davon. Jeder dieser hundert Männer und Frauen blüht ernst vor sich hin. Auch die Frau und die Kinder des Arbeiters D. Sie sind alle tief gefaßt und entschlossen und nehmen es als eine Selbstverständlichkeit hin, daß der Bürger und Arbeiter Genosse D. sich zum Sterben bereit erklärt.

Herr Reichsanstler! Ich habe am Vorabend des Weltkrieges, am 6. August 1914, am Bahnhofsvorplatz meiner Garnison Regensburg, als das 3. Bataillon des bayrischen Reserve-Infanterieregiments Nr. 11 zum Abschied von der Heimat in Breitschiffen angetreten war, mit einer ähnlichen inneren Erregung, das Wort „sterben“ gehört. Da oben an der Kampe stand unser Kommandeur, ein grauhaariger, etwas beleibter Oberleutnant, der, begleitet vom Bürochefmeister der Stadt, keine Abschiedsrede hielt. Er sprach gut und schön, von der Heimat, die wir alle verteidigen wollten und von dem Feind, der nun seine Pein auf uns bringen würde. Aber zum Schluß formuliert er die Worte: „Wir wollen alle sterben fürs Vaterland!“

Dieses Wortchen „sterben“ ist uns jungen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren damals zum ersten Mal an die Kehle gefahren und hat uns gewürgt: Ja lo! Wir sind ja eigentlich jetzt zum Sterben da! Wir haben ja mit unserm Leben abzuschießen!

Und das Entsetzen des Krieges rann zum ersten Mal über unsere jungen Leiber und über die Front der Bataillone. Jeder hat das Gefühl, daß dies, diese Bereitschaft zum Sterben, der Beginn des Weltkrieges gewesen ist. Von da ab rann der große Blutstrom, der zwei Millionen deutsche Soldaten mit fortgerissen hat.

Herr Reichsanstler!  
Und jetzt, nach 17 Jahren, hören wir aus dem Mund eines einfachen Arbeiters dasselbe Wort: „Wir wollen sterben!“

Spielen Sie die gewaltige Macht, die in diesen Worten steckt? Diese Bereitschaft, mitten aus dem Leben seine Existenz hinzumerfen für eine große Idee? Wieder zu sterben als sich unter die Kräfte der Nationalsozialisten zu beugen?

Sind wir schon so weit, daß sich in Deutschland zwei Heerhaufen gegenüberstellen, um sich jeden Augenblick an die Kehle zu fassen? Wundern Sie sich darüber, daß der Arbeiter D. in Berlin sich zum Sterben bereit erklärt, nachdem durch Tausende von Zeitungen die Weltbuna angegangen ist, daß nationalsozialistische Führer ungestraft den politischen Mord angekündigt haben, das Sägen und Köpfen, daß sie sich bereits berauschen an den Details, daß man lange Messer nehmen müsse, daß man diese Stricke heranziehen müsse, damit die Leichen möglichst lang da oben hängen und nicht bloß verfaulen, sondern ausdörren sollen? Daß sich jene Leute damit brüsten, man werde bis an die Knöchel im Blut herumwaten?

Und da wundern Sie sich Herr Reichsanstler, daß der Arbeiter D. aus Berlin sich zum Sterben bereit erklärt?

Noch ist es Zeit. Vielleicht ist es die allerletzte Minute an der Schwelle des Bürgerkrieges! Denken Sie an den Arbeiter D.! Denken Sie daran, daß sich mit ihm 5 Millionen organisierter Arbeiter ebenso zum Sterben bereit erklären!

Herr Reichsanstler! Fühlen Sie nicht, daß sich da ein Abarund aufbaut, der Deutschland ins Verderben reißt? Fürchten Sie nicht, daß vielleicht eines Tages Abrechnung von Ihnen gefordert werden wird, ob Sie Ihr „Pfund“ vermögert haben oder rechtzeitig eingesehen haben für den inneren Frieden der deutschen Nation?

Herr Reichsanstler, denken Sie Tag und Nacht an den Arbeiter D., der wenn es sein muß, sterben will!

Dr. Hermann Schülzinger,  
Polizeioberst a. D.

## Weiter Koalitionsregierung in Spanien

Madrid, 14. Dez. (Hunddienst). Die Regierung Alcala ist nach dem Amisanztritt des Präsidenten Zamora zurückgetreten. Die Verhandlungen des Staatspräsidenten zur Neubildung des Kabinetts mit den Fraktionsführern ergaben, daß die Mehrzahl der Parteien für die Fortsetzung der bisherigen republikanisch-sozialistischen Koalitionsregierung ist. Damit ergab sich die Fortdauer der Ministerpräsidenten von Alcala von selbst. Er wurde deshalb am Sonntag mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

### Breuhische Richterkonferenz

Unter dem Vorsitz des preußischen Justizministers Dr. Schmidt fand eine gemeinsame Besprechung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte statt, in der er u. a. die Stellung der Justiz in der jetzigen Notzeit und die Frage einer nachdrücklichen Verfolgung von politischen und Wirtschaftsverbrechen erörtert wurden.

### Der Stahlhelm protestiert

Magdeburg, 13. Dez. Die Bundesleitung des Stahlhelm erhob in einer heute veröffentlichten Entschließung Protest gegen das Uniform- und Abwechsellagerverbot der Notverordnung.

# Undurchsichtige Finanzpolitik

## Sozialdemokratische Kritik im Haushaltsausschuß des Reichstags

Im Haushaltsausschuß des Reichstags kam am Samstag in der finanzpolitischen Debatte Abg. Reil (So.) zum Wort. Er bezeichnete den Bericht des Reichsfinanzministers über die Lage der Reichsfinanzen als wenig erbaulich. Lieber dem Rechnungsjahr 1932 schwebte noch völliges Dunkel und die Hoffnung sei nicht weit verbreitet, daß die neue Notverordnung ein weiteres Absinken der Wirtschaft verbünde. Mit der verordneten Senkung der Löhne und Gehälter, der keine ausreichende Senkung der Lohnbuchhaltungskosten gegenüberstehe, werde eine weitere Schrumpfung der Wirtschaft, weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und weitere Steuerausfälle verbunden sein. Die Mietmieten würden um 7 bis 8 Prozent der Friedensmiete, die Neubaumieten überall dort, wo die Häuser mit niederen zinslichen Darlehen aus öffentlichen Mitteln finanziert seien, noch um weniger gekürzt. Der Preis des Zuckers, der um 75 Prozent über dem Preis von 1913 stehe, sei bis jetzt nicht gesenkt; es müsse eine Einbeziehung in die Winterhilfe verlangt werden. Die Maßnahmen zur Staatsausgleichung seien so unzulänglich wie schon in der Kriegszeit und unter den Reichsregierungen nach der Inflation. Die Grundzüge einer geordneten Finanzwirtschaft würden heute als ein Luxus betrachtet, den man sich nicht mehr leisten könne. Neben dem Schwund der Steuereinnahmen zeige sich eine starke Verschiebung in der Belastung und Massenbelastung ausungen des Volkes. Die Besitzsteuern seien seit 1928 um 1/2 Milliarde gesenkt, die Lohnsteuern um 1 Milliarde erhöht worden. Käuflich unverständlich sei die Ablehnung des sozialdemokratischen Geleitentwurfs betreffend Erhebung eines Zuschlages zur Einkommensteuer von 20 000 Mark und einer Lohnteuernsteuer von 20 Prozent durch die Reichsregierung. Das wäre eine organischere Regelung als die Kräfte- und die Bürgersteuer, und die Gemeinden hätten den Entzug, der ihnen ausgebaut war, sehr gut drauchen können. Mit Einzelwahrungen sei der großen Zahl der bereits im Bankrott befindlichen Gemeinden nicht zu helfen. Ein Schlaglicht auf die tiefschulden Steuerermoral werfe die Tatsache, daß die Steuerermoralie mit ihren Strafbußungen 23 Milliarden Vermögen an den Tag gebracht habe. Der Steuerdollar sei offenbar unzulänglich. Das Reichsfinanzministerium dürfe den Buch- und Betriebsprüfern nicht mit der Niederlassung von Steuerstrafverfahren in den Arm fallen. Gegenwärtig mache sich das Fehlen eines arbeitsfähigen Reichstags besonders bemerkbar. Hätten wir gesunde Parteiverhältnisse in Deutschland, so mühte während der Baseler Tagung der Reichstag in enger, sachlicher und würdiger Weise Steu-

lung nehmen zu der großen Schicksalsfrage der Neugestaltung des politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisses Deutschlands zur übrigen Welt und die endgültige Beseitigung der Reparationen verlangen. Das das nicht möglich sei, verdanke das deutsche Volk jenen Parteien, die das innerpolitische Leben Deutschlands vergiftet haben.

Abg. Sifferding (So.) unterstrich die Feststellungen des Abg. Reil, das ein Kernpunkt der Finanzen, die Lage der Gemeindefinanzen sei. Die Einführung der Pauschalierung der Umlagensteuer sei bedenklich, dabei würden nur Interessentengruppen ausgenutzt. Deswegen sei vor diesem Experiment dringend zu warnen. Auf eine Bemerkung des Abg. Loraker (Komm.) fragte Sifferding, ob etwa die Kommunisten nach Beseitigung der neuen Notverordnung eine bessere Notverordnung erwarten? Jetzt werde in übermäßigem Umfang das Privatrecht durch öffentliches Recht abgelöst. Diese Entwicklung gebe weit über die Zeit und Art der Kriegswirtschaft hinaus. Proddon sei der erste gewesen, der in den Zeiten des vorwissenschaftlichen Sozialismus die Beteiligung der gesamten Zinsen verlangt hat. Die Idee der Regelung der Zinsnechtigkeit sei die Bestätigung eines richtigen Gute französischer Frühsozialisten. Mit welchem Recht habe eigentlich der Redner der Volkspartei gegen die sogenannten nationalsozialistischen Ideen in der Notverordnung gesprochen, da doch auch die Volkspartei wolle, daß die Nationalsozialisten an die Regierung kommen. Man habe bei seiner Rede mehr das Gefühl gehabt, sie sei unter dem Motiv gehalten worden: Wie sage ich es meinem Kinde Dingelben? Die Klagen der deutschen Nationalen wegen der Aufhebung des Privatrechtes seien unehrlich, denn die deutschen Nationalen Döbberforbungen seien nur unter Brechung des Privatrechtes möglich. Die allgemeine Senkung der Zinsen erhöhere unseren Export, denn sie fördere die Absatzmärkte anderer Länder.

Die Nachricht bürgerlicher Blätter, daß Dr. Sifferding in der Samstagssitzung des Haushaltsausschusses eine Erklärung über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten abgegeben hat, entspricht nicht den Tatsachen. Sifferding hat im Ausschusse frei gesprochen und u. a. gesagt, daß die Sozialdemokratie die Notverordnung von wirtschaftlichen Standpunkt aus ablehnen müsse, daß darüber hinaus aber auch Gründe politischer Art zu berücksichtigen seien, über die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu entscheiden habe! Das wird am Montag der Fall sein.

# 2 1/2 Millionen französische Kurzarbeiter

## Die Weltwirtschaftskrise verschont niemand

Paris, 12. Dez. (Sta. Draht). In der französischen Kammer antwortete Arbeitsminister Vandry auf die Interpellationen über die Arbeitslosigkeit. Vandry gab nur einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, aus dem hervorgeht, daß die Zahl der staatlicher und halbstaatlicher unterstützten Arbeitslosen in dieser Woche 104 280 beträgt, wozu noch die erwerbslosen Seeleute und Dockarbeiter hinzugerechnet werden müßten, die aus besonderen Klassen Unterstützung beziehen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Frankreich müsse man aber auf über 300 000 schätzen. Was die Kurzarbeit anbetreffe, so habe sie in letzter Zeit großen Umfang angenommen.

Der Arbeitsminister stellte ferner fest, daß im November 103 700 Arbeiter und Angestellte in Betrieben mit über 100 Personen nicht vollbeschäftigt gewesen seien. Wenn man denselben Prozentsatz für die mittleren und kleineren Betriebe anwende, so komme man zu einer Gesamtziffer von etwa 2 1/2 Millionen Kurzarbeiter. Die Lage sei also, so bemerkte der Minister, sehr ernst, wenn auch nicht so katastrophal wie in Deutschland, England und Amerika. Der Staat habe die Pflicht, für die Opfer dieser Krise zu sorgen. In Frankreich gäbe es keine Arbeitslosenversicherung, was der Minister nicht bedauere, denn es handle sich nur um eine vorübergehende

Gefahr. Es sei auch unmöglich, sofort eine derartige Versicherung zu schaffen. Neben den Unterstützungsklassen der Gewerkschaften habe Frankreich die öffentlichen Arbeitslosenfonds, um deren Vermehrung sich die Verwaltung ständig bemühe. Zur Zeit seien 263 solcher Fonds in Tätigkeit. Die Beteiligung des Staates an den Fonds betrage 50 Prozent. Die Zulassungsbedingungen seien in der letzten Zeit verbessert und die Unterstützungssätze erhöht worden. Die Dauer der Unterstützung sei von vier auf sechs Wochen verlängert worden, außerdem sei eine Arierunterstützung für die Arbeitslosen eingerichtet worden, die bereits sechs Monate lang Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Für die Dockarbeiter und die Seeleute sei eine besonderes Unterstützungssystem geschaffen worden.

Diese französischen Ziffern zeigen, daß es von den deutschen Nationalsozialisten ebenso falsch ist, die Krise auf die Reparationen zu schieben wie auch speziell die deutsche Regierung dafür verantwortlich zu machen. Es handelt sich um eine Weltkrise, die man nicht einem einzelnen Land in die Schuhe schieben kann. Die Hege der deutschen Nationalsozialisten und der französischen Chauvinisten verstärkt jedoch die Krise. Rettung kann nur durch Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen werden. Rüdtehr zum Vertrauen bringt sowie Herabsetzung der Arbeitszeit. Wann wird jedoch dieser Weg begangen?

# Freistaat Baden

## Pfarrer Eckert aus der Evang. Kirche ausgetreten

D3. Mannheim, 12. Dez. In einem an die kommunistische Arbeiterzeitung gerichteten längeren Schreiben, das sich mit dem Urteil des kirchlichen Dienstgerichtes auseinandersetzt, macht Pfarrer Eckert die Mitteilung, daß er seinen Austritt aus der Evangelischen Kirche erklärt habe, der zugleich seinen Abschied vom Bund der Religiösen Sozialisten bedeutet.

## Das Zentrum zum Tod des Erzbischofs

Karlsruhe, 12. Dez. In einer Sitzung der Zentrumsfraktion des Landtags, die gestern stattfand, gab der Fraktionschef, Abg. Dr. Föhr, in einem tiefempfindenden Nachruf der Trauer der Zentrumsfraktion und Fraktion zum Hinscheiden des Erzbischofs Ausdruck, durch das die Erzdiözese einen unerleichen Verlust erlitten habe. Die Partei treffe der Tod des Erzbischofs nicht minder hart, da der verstorbene Kirchenfürst von jeder von der Notwendigkeit ihrer Arbeit im öffentlichen Leben und der Nichtigkeit des eingeschlagenen politischen Weges tief durchdrungen gewesen sei.

## Zum Verbot des Schwarzwälder Tagblattes

Schreibt man uns aus Frankfurt: Es hat hier rechte Verliebung hervorgerufen, daß das nationalsozialistische Tagblatt auf 5 Tage verboten worden ist. Schon früher wurde es verbotenenfalls auf seiner Hitler-Monieren und seiner bandenähnlichen Schreibecke gegen die Republik und ihre staatlichen Einrichtungen verwahrt. Nun ist endlich vom Ministerium des Innern sugariffen und ihm auf fünf Tage das Erscheinen verbot worden. Ausgerechnet das Schwarz-

wälder Tagblatt mußte die flobige und ungläublich aufreißende Rede des bekannten Draufgängers Georg Straher, des enant terribile der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, welche dieser bei den Stuttgarter Gemeindevahlen gehalten, mit ausbrüchlicher Zustimmung wiedergeben, mußte von der Notwendigkeit der Ausrottung der marxistischen Pest und dem zwölfjährigen Schmutz sprechen, der sich in der Republik anhäuft habe. Das hat uns in unserer politisch sonst ruhigen Schwarzwaldbahnstadt gefaßt. Wir fragen uns so oft: Kann dann dem fanatischen Hitler-Anhänger Hermann Reil, welcher das einseitige liberale Schwarzwälder Tagblatt zu einer nationalsozialistischen Journalisten-Kloake ersten Ranges gemacht hat, nicht das Verleumdungs-Bandwert gelegt werden? Reil rühmt sich ja, daß er bei dem Münchener Hitler-Spud des Jahres 1923 dabei war und deshalb besonders berufen sei, das Diktatens auf dem Schwarzwaldboden voran zu tragen.

Nicht umsonst haben die Nationalsozialisten das Schwarzwälder Tagblatt zu ihrem Bezirksorgan für den Kreis Willingen gewählt, und bereits erschienen von ihm mehrere Raufblätter, wie Feldbergs Handbühnen, Ritter St. Georg (für St. Georgen) und der Regenier (für Engen). Die nationalsozialistische Seuche breitet sich also über den ganzen Hochschwarzwaldbau aus.

Dabei nennt sich das Blatt auch noch „Amisches Verbandsorgan“ und hat die Hochschwarzwaldbau und die Saar“, wozu es nach unserer Auffassung nicht das geringste Recht hat. Wir möchten die Rede hören lernen, welche das Reil-Blatt zu ihrem amtlichen Verknüpfungsbüchlein beruht.

In jedem Falle hat man in Karlsruhe gut getan, in Hartung nach dem Rechten zu sehen. Der erste Schwarzwälder ist einer solchen politischen Debe, wie sie inoffiziell das Schwarzwälder Tagblatt betreibt, gründlich abholb. — Wir glauben auch nicht, daß man sich bei einem weiteren Verbot mit 5 Tagen begnügen wird. Dann kann Herr Reil wochenlang Schwarzwaldbauern machen. Er nicht damit nicht nur sich selbst, sondern in viel größerem Maße der politischen Gesamtlage des badischen Schwarzwaldbaus.

## Das nationalsozialistische Grüselhorn auf drei Monate verboten

Der Minister des Innern hat die in La hr erscheinende nationalsozialistische Wochenchrift Das Grüselhorn mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von drei Monaten verboten. Anlaß dazu gab ein in der Ausgabe vom 12. Dezember erscheinender Artikel, der schwere Beschimpfungen und böswillige Verächtlichmachungen der Regierung enthielt und dessen Inhalt gezeichnet war, die öffentliche Ruhe und Ordnung in erheblicher Weise zu stören.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

14. Dezember.

1799 George Washington, Begründer der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten. — 1849 Rom, Konradin Kreutzer. — 1875 \*Gos. Paul Löbe. — 1920 Gefeklicher Ghsfundentag in Luxemburg. — 1923 \*Französi. Maler Steinlen. — 1923 Gedenttag für Amundsen (b. Italiarettung verholten).

## Vor schweren Entscheidungen

Zu einer wichtigen und ersten Aussprache hatte die Sozialdemokratische Partei auf Sonntag früh ihre Funktionäre in den „Gesanten“ eingeladen. Es galt Stellung zu nehmen zu den letzten politischen Entscheidungen, deren wichtigstes die neue Notverordnung der Reichsregierung ist. Diese Notverordnung trifft bekanntlich die Arbeiterklasse am härtesten und schwersten, sie hat also am allerersten das Recht und die Pflicht, gegen diese Verordnung ihrer Not sich zu äußern. Das einleitende Referat in der vom Parteivorstandem Koch geleiteten außerordentlich auf beachtlichen Versammlung hielt Gen. Reichsausschreiber Schöpplin. In der an ihm gewohnten ernsten, ruhigen und nüchternen Art schilderte der Redner die Dinge, wie sie tatsächlich sind und liegen. Außenpolitisch und innenpolitisch beleuchtete Gen. Schöpplin die Lage Deutschlands. Es geht jetzt um die Erhaltung des Reiches, um die Erhaltung der Demokratie, um die Zukunft der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Dinge zu beurteilen. Angesichts des arbeitsunfähigen Reichstags war die Regierung gezwungen, den Weg der Notverordnungen zu gehen. Wenn diese Notverordnung nicht einigermassen eine gewisse innere Sicherung schafft, dann ist es kaum möglich, daß die gleiche Regierung ein weiteres Mal eine solche Notverordnung schaffen kann. Um das zu ertragen, was die letzte Notverordnung gebracht hat, gehört sehr viel. Am schwersten zu ertragen ist dies alles für die Sozialdemokratie. Für sie besteht jetzt die entscheidende Frage, soll sie die Notverordnung annehmen, oder soll sie den Kampf aufnehmen. Der Redner vertritt die Auffassung, daß, wenn nicht besondere Ereignisse eintreten, es nötig ist, für die Beibehaltung des Kabinetts Brünings sich einzusetzen, wenn es auch die Grenzen des Erträglichsten erreicht. Weil es das einseitige Mögliche ist, um aus der gegenwärtigen furchtbaren Situation hinauszukommen. Die schweren Dinge abzuhalten, wird abzuwarten sein. Rechter wäre unsere Haltung, wenn das Kabinett Brünings innenpolitisch eine härtere und festere Stellung gegenüber den Republikanern an den Tag gelegt hätte. (Zustimmung.) Trotz aller Einträge und Einschränkungen verbleibt in Deutschland immer noch ein größerer sozialer Schuss wie in den meisten anderen Ländern. Sollen wir das wenige, das noch verbleibt, durch Diller, Eugenbergs und ihre Reaktion zerstreuen lassen? Die bestmöglichen Dokumente hätten Anlaß sein können, durchzusetzen! Die Massen verabschieden das feinerseitige Vorgehen gegen Sachen mit der Haltung der Regierung gegenüber Braunschweig und Thüringen. Während die Arbeiterklasse auf Diller auf sich nimmt, leben wir, daß der Staat, den sie erhalten will, gegen seine schärfsten Feinde nichts unternimmt, ihr Treiben duldet. Dies muß Herrn Brünings klargemacht werden. Angesichts der großen äußeren und inneren Gefahr, betonte der Redner, daß er noch einmal im Interesse der Erhaltung der Demokratie, des Staates und der Arbeiterklasse für das Kabinett Brünings stimmen werde. — Der Redner fand für seine eindringlichen Ausführungen lebhaften Beifall.

An das Referat schloß sich eine ausgiebige Diskussion an. Es beteiligten sich die Gen. Landtagsabg. Müller, Fromm, Siebert, Kiefer, Fien, Strider, Reichsausschreiber Maram, der die Volkseinkaufsgesellschaft der neuesten Notverordnung aufs schärfste unterstrich, aber auch deren zu begründende Bestimmungen anerkannte, als das Entscheidende aber feststellte: Sturz der Regierung Brünings oder nicht? Erstes bedeute als Folge schärfster Kampf gegen die Arbeiterklasse, den Marxismus, Verschlagung der letzten Rechte des Volkes. Wir wollen nicht die Verantwortung vor der Geschichte auf uns nehmen, daß durch unser Verhalten der Faschismus zur Macht gekommen ist. Wir wollen nicht, daß die deutsche Arbeiterbewegung und die der ganzen Welt um Jahrzehnte zurückgeworfen wird. Die Frage steht nicht so, ob wir eine ganze oder halbe Demokratie oder eine Diktatur Brünings haben, sondern so, ob wir die halbe Diktatur Brünings oder die ganze Diktatur Hitler haben, ob wir das, was wir noch zu verlieren haben, retten, oder uns durch eine faschistische Diktatur alles nehmen lassen! Die Republik wird nur bestehen bleiben, wenn sich Republikaner finden, die sich für ihre Erhaltung einsetzen. Nicht für Brünings geht es, sondern gegen Hitler! — Im weiteren sprach noch Gen. Storch, worauf durch einen Schlussantrag der Debatte ein Ende gemacht wurde. Die Diskussionsredner übten durchweg scharfe Kritik an der neuesten Notverordnung, deren unlosale Tendenz allseits abgelehnt wurde. Es fielen scharfe Worte gegen die Regierung Brünings, die wiederum den größten Teil der Laufen auf die Schultern der schaffenden Massen gelegt habe. Ein Teil der Redner verlangte Aufgabe der Totalitarisierungspolitik. Nicht alle waren sich aber wohl klar über das, was nachher kommen kann. Einmütig waren aber alle Redner, daß es unbedingt höchste Zeit ist, daß die Regierung Brünings dem nationalsozialistischen Treiben schärfer und energischer entgegentritt wie bisher, daß neben den Worten auch Taten folgen müssen. Gen. Schöpplin verzichtete auf das Schlusswort. Gen. Koch fasste in seinen Schlussbemerkungen, mit denen er um 1 Uhr die Versammlung schloß, nochmals in präzisen Worten diese Auffassung der Versammlung zusammen, daß an die Genossen der Reichsausschreibung das Verlangen gerichtet wird, daß sie unter allen Umständen der Reichsregierung klar machen mögen, daß gegen die Staatsfeinde von rechts und links mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden müsse. Dieser Aufforderung stimmte die Versammlung einstimmig zu.

## Die Sammelkolonnen der Karlsruher Notgemeinschaft

Führen die Sammlung von gebrauchten Kleidungs- und Wäscheartikeln, Schuhwerk und Hausrat in der Woche vom 13. bis 19. Dezember wie folgt fort:  
Die Kolonne I am Montag, im Stadtgebiet zwischen Molkestraße-Felix-Moll-Strasse-Maxaustraße-Hardtstraße und in den Siedlungen der verläuterten Hardtstraße; am Mittwoch in Mühlburg westlich der Weidstraße, am Freitag in der Mühlburg und im Stadtteil Grünwinkel.  
Die Kolonne II am Montag am Hauptbahnhof sowie in den Häuerdörfern zwischen Brauerstraße-Kriegsstraße-Karlstraße und Hauptstraße, am Mittwoch zwischen Vorholzstraße-Karlstraße-Marie-Alexandra-Straße und Verläutern der Brauerstraße, am Freitag im Stadtteil Weiertheim südlich der Marie-Alexandra-Straße.

## „Zinsbrecher“ in der Praxis

Aus der Ortenau wird der Mannheimer Volksstimme folgendes geschrieben:

Der führende Genius des badiischen Zentralorgans der Hitlerpartei, des Führers, ist Herr Dr. Otto Waack in Karlsruhe. Mit seiner wichtigen Persönlichkeit haben sich im öffentlichen Interesse schon amtliche Instanzen der Strafjustiz befahigt, wenn es galt, die Kampfmethode des Führers in Urteilsbegründungen zu bewerten. Selten befriedigten die Endergebnisse die Wünsche des erlauchten Führers. Man kann es begreifen, daß Herr Doktor W. mit den Sachverständigen gutachten der obersten Instanz in der roten Robe nicht zufrieden ist. Vielleicht behandelt der Karlsruher Führer aus nachfolgendem Interesse den folgenden Fall, indem er ihn dem fachlichsten Oberhaupt Adolf Hitler zur Entscheidung unterbreitet.

Im deutschen Strafgesetzbuch aus der Vorzeit des Dritten Reiches befindet sich ein Abschnitt, der vom strafbaren Eigenwert handelt, der § 302a, der heute noch seine Rechtsgültigkeit besitzt:

„Wer unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen für ein Darlehen oder im Falle der Stundung einer Geldforderung sich oder einem Dritten Vermögensvorteile verschaffen oder gewähren läßt, welche den üblichen Zinssatz betragsmäßig überschreiten, das nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligem Mindermaß zu der Leistung stehen, wird wegen Wuchers mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft. Auch kann auf Verlaß der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Ein kleiner Rebhauer F. B. der Gebirgsgemeinde Zell-Weierbach bei Offenburg kaufte vor zwei Jahren einige Rebparzellen um den Betrag von 2400 M., zahlbar in Raten unter sechsprozentiger Verzinsung. Verkäufer war ein Offenburgs Bürger, der den Nachlaß seiner Mutter, einer reichen Bürgerin, geerbt hatte. Trotz der für die Kleinbauern so schwer fühlbaren finanziellen Notlage hatte in der kurzen Zeit der Rebhauer schon eine Verzinsung von 1900 M. geleistet an den Verkäufer, der sich als nationalsozialistischer Jagenannter „Bonz“ in angelehener Stellung befindet. Vor nicht langer Zeit erhielt der Weinbauer in Dorfe Zell-Weierbach eine schriftliche Aufforderung zur Bezahlung der Restsumme mit der Andeutung, daß er sonst einen Verzugszins von 12 bis 16 Prozent zu entrichten habe. Der Kleinbauer konnte sich das Geld verschaffen und sich so vor dem Anheul einer wucherischen Zinslast retten.

Die Mitteilung, welche die Andeutung der eventuellen Zinserhöhung an den Landwirt enthielt, kam nicht von einem bürgerlichen Richter, sondern stand auf einem Briefbogen mit dem Aufdruck der Karlsruher nationalsozialistischen Chefredaktion Dr. Otto Waack vom Führer. Die Unterschrift ist der Name des arischen Doktors.

Unter der Bingerherrschaft des Rebgebirges, welche in großer Notlage sich befindet, da sie den Wein nur in ungenügenden Mengen und zu niedrigen Preisen absetzen kann, erregt dieser Fall der Geldoperation eines nationalsozialistischen Doktors berechtigtes Aufsehen. Steht in der Praxis so das Heil aus, wenn die Bauern vom Hakentreck gequält werden? Die Herren „brechen“ den Zins, indem sie 12-16 Prozent nehmen.

# Wirtschaftskrise und Werkmeister

Am Sonntag vormittag fanden sich in Karlsruhe im „Grünwald“ die Funktionäre des 8. Gau des Deutschen Werkmeisterverbandes zusammen, um einen Vortrag des Herrn Kempfen von der Hauptverwaltung über das Thema:

## „Der Deutsche Werkmeisterverband im Wirtschaftsleben“

sich anzuhören. Kollege Stahl begrüßte namens der Karlsruher Ortsgruppe die namentlich aus den ländlichen Orten zahlreich erschienenen Teilnehmer und erzielte dem Referenten das Wort zu seinem Vortrage. Der Referent gab einleitend eine Schilderung des Berufes der Werkmeister von früherer Zeit bis zum heutigen Tag. Bis vor dem Kriege war der Werkmeisterverband eine berufliche Organisation, die sich selbstständig dem W.F.V.-Bund angeschlossen hat. Unter der Not der Zeitgeit haben wie alle Arbeitnehmer auch die Werkmeister zu leiden, die heute schon zu Tausenden auf der Straße liegen. In der Notzeit werden an die Berufsorganisation immer größere Anforderungen gestellt. Der Referent konnte Zahlen anführen für die schwere Belastung, die die heutige Krise für die Gewerkschaften bedeutet. So hat der DGB im Jahre 1930 rund 72 Millionen an Unterstützung an hilfslose Mitglieder ausbezahlt, im Jahr 1931 werden es seiner Schätzung nach mindestens 100 Millionen werden. Der Deutsche Werkmeisterverband hat in der Zeit 1920/31 selbst den Betrag von 5 Millionen M. aufbringen müssen. Das sind Zahlen, die ein kleines Bild davon geben, wie ungeschwer schwer das Arbeiten der Gewerkschaften in der heutigen Zeit sich vollzieht. Heute ist es mehr denn je notwendig, daß sich alle Arbeitnehmer in ihren Berufsorganisationen zusammenschließen. Mit den angehenden Freunden und wirklichen Feinden der Gewerkschaften, den Nationalsozialisten, rechnete der Redner gründlich ab. Obwohl der Verband parteipolitisch neutral ist, kann er es in dem Augenblick nicht mehr sein, wo es gilt, gegen die Feinde der Arbeiterklasse vorzugehen. Die Nationalsozialisten sind Gegner des Klassenkampfes und erklären das als eine Erfindung von Karl Marx. Marx hat aber diese Zustände nur erkannt und bezeichnet. Die Proletarier wollen ja nichts anderes als durch den Klassenkampf zur klassenlosen Gesellschaft gelangen. Das das heutige Wirtschaftssystem große Fehler gemacht hat, zeigt der tägliche Bericht. Zu dem großen Systemfehler kommen weiter die Verfallensfehler, wo die Führer der Wirtschaft unfähig sind, die Geschichte der Wirtschaft zu leiten. Der Redner konnte an diesen Fällen den Mangel des heutigen Systems klarlegen. Man will das heute bei dem ungeschuldeten Teil der Bevölkerung so hinstellen, als hätte der Marxismus verlagert.

Auf die heutige Krise kommend, erklärte der Redner, daß vor allem durch eine falsche Lohn- und Preispolitik die Krise verhängt wurde. Solange die Kartelle und Syndikate die Preise noch künstlich ungenie hochhalten können, ist an eine Gesundung der Wirtschaft nicht zu denken. Die Regierung sollte vor allem bedenken, daß die Löhne nicht immer nur von dem wirtschaftlich Schwächsten, den Arbeitnehmern getragen werden können. Diesen Stimmungen

## Die Arbeitsfürsorge in Karlsruhe - Streik von Pflichtarbeitern

Vom Rathaus wird uns u. a. geschrieben

Aufgrund der Vorschriften der Reichsverordnung über die Arbeitsfürsorge (§ 19) kann die Unterstützung Arbeitsfähiger auch durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art gewährt werden. Von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden. Die Stadtverwaltung war daher in den verflochtenen Jahren immer wieder bemüht, möglichst viele Fürsorgeempfänger in Notstand zu arbeiten einzufacheln und dadurch deren Lage zu verbessern. Darin hat sie auch schon früher und besonders in der letzten Zeit in der sie nicht mehr im Stande ist, Notstandsarbeiten in größerem Umfang durchzuführen. Pflichtarbeiten eingerichtet. Die Einrichtung dieser Arbeiten erschien umso mehr begründet, als der Grundsatz, daß für die gewährte Unterstützung etwas geleistet werden soll, in Theorie und Praxis immer mehr Anerkennung fand, und gleichzeitig auch bei den Fürsorgeempfängern selbst weitgehend der Willen nach Arbeit befördert wurde. Sollen doch gerade in den letzten Monaten immer mehr Unterstützte dringend darum gebeten, Pflichtarbeiten verrichten zu dürfen.

Da es sich bei den genannten Arbeiten um solche gemeinnütziger Art handelt, die niemals in Lohnarbeit durchzuführen würden (z. B. Reinigung von Wegen in städtischen und ländlichen Anlagen und Forten, Entschärfung leistungsfähiger, Sauerhaltung von Anlagen, Einrichtungen, Robbaarbeiten, Handlangerdienste bei der Winterhilfe) keine etwaige Befristung, das durch andere Arbeitskräfte das Brot wegenommen werde, völlig unbegründet. Auch ist jeder Mißbrauch der Arbeitskräfte ausgeschlossen. Denn der Dauer der zu leistenden Arbeit ist jeweils auf 6 Wochen beschränkt. In jeder Woche wird nur 6 Stunden gearbeitet, und zwar entweder an 4 Tagen in der Woche je 4 Stunden oder (einem häuften gehörender Wunsch der Pflichtarbeiter entsprechend) an 2 Tagen in der Woche je 8 Stunden, während die übrigen Tage freibleibend. Die Entlohnung erfolgt nicht in Form eines reinen Arbeitsentgeltes, sondern als Zulagenunterstützung. Die Fürsorgeempfänger erhalten neben ihrer laufenden Unterstützung einen Zulagebetrag von 2 Mark wöchentlich (anstelle des früheren Essens). Daneben erlangen die eine weitere sehr wichtige Veranlassung dadurch, daß die während der Pflichtarbeit gewährte Unterstützung, wenn sie später zu einem anderen Zweck kommen, von ihnen nicht zurückgefordert wird. Aus all diesen Gründen hat sich die Pflichtarbeit bisher einer steigenden Beliebtheit erfreut.

In den letzten Tagen hat sich nun ein sog. Erwerbslosenausbehalten der von keiner Partei und Gewerkschaft anerkannt wird, ausgetreten der Pflichtarbeiter aufgestellt. Die fast durchwegs noch jugendlichen Mitglieder dieses Ausschusses haben sich nicht geachtet, in teilweise geschlossenen Gruppen gegen die arbeitsfähigen Pflichtarbeiter vorzugehen, und sie unter Drohungen zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen. Als man sie dann fallen wollte, waren sie in weiser Besorgnis bereits verschwunden. Soweit sie der Stadtverwaltung bekannt sind, handelt es sich bei ihnen um Verfallensfeiten, die eifrig bemüht sind, ihrer Arbeit aus dem Wege zu gehen.

Nachdem sich aber die arbeitswilligen Pflichtarbeiter durch das Vorgehen dieser Elemente übermäßig einseitig in die Lage, die Fürsorgeempfänger auszuheilen, zu sehen, war es notwendig, die Ruhe und Ordnung und zum Schutze der arbeitswilligen Kräfte die Polizei in Anspruch zu nehmen (die auch bereits ausgerechnet hat).

Wie aus einer Zuschrift an uns seitens der streikenden Pflichtarbeiter hervorgeht, verlangen sie für ihre Arbeit täglich 3 Mark. Aufschuß oder daß ihnen ausreichendes warmes Essen gegeben wird. Weiterhin fordern sie, daß ihnen auf Verlangen Arbeit gestellt wird.

mus eine geschlossene Front der Arbeitnehmer entgegengestellt werden. Im Kampf um die Existenz muß auch der Letzte auf die Seite der Arbeiter treten.

An das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine Diskussion an. Kollege Stahl brachte der Versammlung dann nachfolgende Resolution zur Kenntnis, die einstimmig angenommen wurde. Mit einem Dank an die Erklärenen sowie an die Referenten konnte Kollege Stahl die auf verlaufene Funktionäre schließen.

## Entscheidung

Die Werkmeister und Betriebsangehörigen haben an der Industriekriegs- und Wirtschaftskrise und damit an dem Aufstieg der Wirtschaft einen großen Anteil. Sie dürfen erwarten, daß ihre guten Dienste auch in schlechten Zeiten eine bessere Anerkennung finden, als es geschieht. Schwerkere von Berufsangehörigen wurden bereits ihrer Geltung beraubt, weil sie in der Wirtschaft nicht mehr gebraucht werden. Der D.W.B. in untergeordneter finanzieller Stellung, schließt von dem Sozialistengesetz und der Übermittlung seiner Mitgliedschaft fortgesetzt bemüht, den Anforderungen der Krise zu helfen.

Die Krise wird dazu benutzt, die Gehälter der noch tätigen Werkmeister zu kürzen, zugleich vielfach vermehrte Arbeit und größere Verantwortung von ihnen gefordert wird. Besonders die Tarifverträge werden im Mittelpunkt eines heftigen Abwehrkampfes. Die Unternehmer fordern eine „Anforderung“ der Tarife, die nicht weiter bedeutet als deren vollständige Beseitigung. Eine tarifliche Regelung der Gehälter und Anstellungsbedingungen erhält gerade in Krisenzeiten eine erhöhte soziale Bedeutung.

Auch die recht problematischen Pläne zur Sanierung der durch die Krise entstandenen Schäden der Sozialversicherung, haben in den Krisen die Werkmeister wie bei allen Angehörigen große Beunruhigung hervorgerufen. Die Reformen werden von ihrer Organisation, daß sie gemeinsam mit den im W.F.V.-Bund beteiligten Verbänden allen Experimenten, die eine Sanierung der Angehörigenversicherung befördern lassen, eifrig entgegenzutreten.

Die Krise selbst ist nach Ansicht der organisierten Werkmeister auf fallende Wirtschaftskrisen und insbesondere auf die Wertschöpfungskrisen des Kapitalismus mit ihrer verderblichen Preisbildung zurückzuführen. Durch die Überkapazität und die mangelnde Produktionssteigerung in der Weltwirtschaft ist die Wirtschaft hart erschüttert. Die Abwärtstendenzen werden durch Lohn- und Gehaltskürzen immer mehr zum Schaden der Gesamtwirtschaft.

Die Werkmeister werden dringend vor einem weiteren Abbau der Gehälter und vor einer weiteren Senkung der Lebenshaltungskosten auf eine Beseitigung der Wirtschaftsmängel hingewiesen. Nur eine wahre Volkswirtschaft, die dem Allgemeinwohl dient und die radikale Beseitigung aller unwirtschaftlichen Preisbildungen, können die Krise zu überwinden.

Die Werkmeister und Betriebsangehörigen werden alle Werkmeister ihres Verbandes, die auf eine vernünftige Wirtschaft und auf soziale Gerechtigkeit abzielen, mit allem Nachdruck unterhalten, weil sie nur durch eine schrittweise Sanierung und eine allmähliche Beseitigung der verhängnisvollen Wirtschaftskrisen, die eine gefährliche politische Umwälzung herbeiführen, zu überwinden.

Weihnachtsfeier der Stadt-Schülerkapelle

Selt Jahren schon ist es Sitte, daß die Karlsruher Schülerkapelle eine Weihnachtsfeier veranstaltet; gewissermaßen, um gleichzeitig auch Rechenhaft abzugeben über die Arbeit des Orchesters. Wieder war auch vergangenes Sonntag zur Aufführung in der Festhalle ein Programm zusammengestellt, das ein buntes freundliches Gesicht zeigte. Der große Saal war, wie alljährlich, gefüllt voll, diesmal so, daß nicht einmal die Plätze ausreichten, um die Freunde der jungen Schar alle aufzunehmen. Viele mußten stehen. Ein Beweis, wie stark das Interesse an den Konzerten der Kapelle gewachsen ist. Das Publikum war besetzt von den Keinen Musikanten, die sich sehr ins Zeug legten, insbesondere im Hinblick auf „Der Dirten Morckenlied“ und „Capatine Nr. 1“, beide ziemlich schwer als Solis für Trompete. Die „Variationen“, Klarinette-Solo, das von einem älteren Mitglied des Corps gespielt wurde, ließen sehr gute Technik, Reinlichkeit im Ton und eine Tonmodulation, aus feiner musikalischer Intuition geboren, erkennen. Zwei klassische Bauerntänze mit guter Auffassung, „Indische Gaitter“, exotisch einfühlsam und „Bliesoldaten“ fanden großen Anklang. Weihnachtslieder zur erforderlichen Stimmung fehlten nicht. Das noch junge Streichorchester bot in dem feierlichen Opus „Reigen seltsamer Geister“ aus „Orpheus“ feinsinnige Musik, „Adagio und Menuett“ gediegen lächer und vornehm. Lobend ist der weitere erste Geiger zu erwähnen. Neben dem hiesigen Kaiser gefielen am allerbesten die lieber und schmeibla musizierten, klaraollen Märche, deren selbstverständlich einige dringender werden mußten. Es wurde flott und rühmlich viel Freude gespielt. Voran aus von den tapferen jungen Trompetenbläsern. Herr Hauptlehrer R. Greulich als Leiter des Ganzen hatte die Fügung fest in Händen, dirigierte mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit und lässiger Eleganz. Er verstand, das Höchste aus seinen Schülern herauszuholen. — v

R D S B., Ortsauschuß Karlsruhe, Durlach Ettlingen

Montag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr beginnend, findet im Volkshaus der 11. Vortrag des Bildungsprogramms statt. Kollege Sigmund, Vorsitzender der Ortskrankenkasse Karlsruhe, spricht über die Krankenversicherung nach dem neuesten Stand. Nicht nur Kartelldelegierte, Betriebsräte und Vertrauensleute, sondern alle Mitglieder unserer Organisationen haben durch Vorzeigen ihres Verbandsausweises Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Beginn auf 7 Uhr festgesetzt ist.

(1) Vermietung der Festhalle. Zweits Geschäftsvereinfachung werden die mit der Vermietung der Festhalle verbundenen Geschäfte vom 1. Januar 1932 an dem hiesigen Gartenamt abgenommen und der Verwaltung des hiesigen Verkehrsweises im Rathaus übertragen, der auch die Vermögensgeschäfte bezüglich des hiesigen Konservarbues und der hiesigen Ausstellungshalle obliegen. —

(2) Die Städtische Volkshilferei und Velehalle, die bisher in dem hiesigen Hause Karl-Friedrich-Strasse 21 untergebracht ist, wird in das frühere Empfangsgebäude des alten Personenbahnhofs verlegt. Die dafür nötigen Berrichtungsarbeiten im westlichen Pavillonbau werden bis zum März 1932 fertiggestellt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine im Norden Europas vorübergezogene Zirkone hat gestern auch in Süddeutschland Bemerkung gebracht. Da der Luftdruck über dem Festland aber noch hoch geblieben ist, kam es nur stellenweise zu unbedeutenden Niederschlägen. Bei Island sieht heute eine neue Störung heran, die voraussichtlich noch etwas weiter nach Süden ausgreifen wird. Das Wetter wird daher bei uns trübe bleiben.

Wetterausichten für Dienstag, 15. Dezember: Fortdauer des woligen Wetters. In tiefen Lagen neblig und etwas milder, höchstens leichte Niederschläge

Wasserstand des Rheins

Basel 12, Waldshut 203, Schutterinsel 60, Rebl 216, Maxau 398, Mannheim 251. Caub 211 Zentimeter.

Dereinsanzeiger

Karlsruhe. FZA, Jugend. Heute abend 8 Uhr Jugendversammlung in der Gumbriushalle. 8990

Naturfreunde, Winterparteiabteilung. Heute abend 8 Uhr Vortrag im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung. Schifursteilnehmer erscheinen. 8994

WGSB, Karlsruhe, Durlach, Ettlingen. Heute Montag, 14. Dezember, abends 7 Uhr beginnend, findet in unsem Volkshaus der 11. Vortrag des Bildungsprogramms statt. Kollege Sigmund, Vorsitzender der Ortskrankenkasse Karlsruhe, spricht über die Krankenversicherung nach dem neuesten Stand. Nicht nur Kartelldelegierte, Betriebsräte und Vertrauensleute, sondern alle Mitglieder unserer Organisationen haben durch Vorzeigen ihres Verbandsausweises Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand. 8998

Die Polizei berichtet:

Selbstmord

Am Montag früh wurde eine verheiratete 42 Jahre alte Frau von hier auf den Schienen der Magandahn tot aufgefunden. Die Unatüfliche, die an Schwermut litt, hatte sich vom Zug überfahren lassen, wobei ihr Arme und Beine vom Kumpf getrennt wurden.

Mauüberlauf

Am Sonntag abend versuchte ein unbekannter Täter in der Durrmerheimer Straße einem 26 Jahre alten Fräulein die Sandtische, die sie unter dem Arm trug, gewaltfam zu entreißen. Auf die kräftige Gegenwehr der Ueberfallenen hin ließ der Täter ab und ging flüchtig.

Erledigung einer Vermittlungsangeie

Der im Polizeibericht vom Samstag als vermißt gemeldete 15 Jahre alte Matorlehrling wurde im Städt. Krankenhaus hier ermittelt. Er war am 10. d. M. infolge eines epileptischen Anfalls dorthin eingeliefert worden.

Dem Schnellrichter vorgeführt

In der Nacht vom Sonntag wurde ein Polizeibeamter in der westlichen Kaiserstraße gegen Kuehlerer einmarschieren. Einer derselben verweigerte dem Beamten die Namensnennung und beleidigte ihn mit unflätigen Worten. Seiner Festnahme schloß er lebhaften Widerstand entgegen und ließ dabei den Beamten in die linke Sand. Nur mit Hilfe eines zweiten Beamten und Anwendung aller Körperkraft konnte der Ueberfallene nach der Wache am Mühlburoer Tor gebracht werden, von wo er noch in der Nacht in das Bezirksgefängnis eingeliefert wurde.

Einbrüche und Diebstähle

Sonntag nacht stiegen unbekannt Täter durch ein eingedrücktes Kellerfenster in die Kellerräume eines Hauses Ede Kriegs- und Kirchstraße ein, wo sie aus zwei Kellern etwa 20 Kasserle entwendeten und eine Flasche Selt tranken. Den Rückweg nahmen die Täter mittels einer vorhandenen Leiter wieder durch das eingedrückte Kellerfenster. — In der Nacht vom Montag beobachtete eine Polizeistreife in der Kaiserstraße, daß sich ein Mann an einem der auf dem Parkplatz am Montag stehenden Wagen in verdächtige Weise zu schaffen machte und unter anderem die Motorhaube öffnete. Als er diese plötzlich fallen ließ und in Richtung Stephaniensstraße davonlaufen wollte, vertrat ihm der Beamte den Weg und kette den Verdächtigen zur Rede. Dieser gab vor, an dem Kraftwagen „Herumgepielt“ zu haben. Der Beamte nahm ihn mit zu dem Kraftwagen, wo er feststellte, daß die Kühlerverfugungsschraube fehlte. Auf Vorhalt wandte der Täter ein, daß zunächst der Beweis seiner Täterschaft zu erbringen sei. Das machte keine Schwierigkeiten, da er, wie die körperliche Durchsuhung ergab, die Verfugungsschraube in der rechten Manteltasche hatte und somit als Dieb überführt war. — Einem Maler wurde am Sonntag abend in einem Kaffee in der Kaiserstraße ein Gehrodpalet mit Schal und Glasbandstücken im Wert von 180 M. vom Gatteroberländer weg entwendet.

In der Wohnung eines Ingenieurs in der Kriegsstraße erschien am Sonntag nachmittags ein Bettler, den die Hausfrau in ihre Wohnung nahm und ihm dort ein Mittagessen verabreichte. Einige Zeit später stellte der Ehemann fest, daß seinem an der Flurgarderobe aufgehängten Mantel die Brusttasche entwendet war. Nach einigem Suchen fand er sie unter einem Stuhl im Flur auf; von dem Inhalt fehlten jedoch 39 Mark. Inzwischen hatte der großmütige Bettler 120 Mark unberührt gelassen.

Aus einem Möbelgeschäft in der Erbprinzenstraße entwendete ein unbekannter Täter eine Flurgarderobe im Wert von 65 Mark.

Einer Frau wurde am Samstag nachmittags während des Einkaufs in einem hiesigen Warenhaus ein Geldbeutel mit 18 Mark Inhalt aus der Manteltasche gestohlen.

Am Hauptbahnhof wurde am Sonntag früh ein 24 Jahre alter Reisender festgenommen, der von der Staatsanwaltschaft Mannheim wegen Diebstahls zur Verhaftung ausgeschrieben war.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mittel- und Südwertstadt. Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr in der „Gumbriushalle“ wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die 4. Rotverordnung und ihre Auswirkung für die Arbeiterbewegung. Referent Gen. Karl Böhlinger. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Arbeiterwohlfahrt. Heute Montag, 14. Dezember, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung in der Geschäftsstelle, Karl-Friedrich-Strasse 22. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele für Schule und Volksbildung, gemein. Ges. m. b. H., Zentrale Karlsruhe.

In einem der größten Lichtspielhäuser Mannheims, dem Nord-Theater, geben die Badischen Lichtspiele 2. H. das Filmwerk „Im weißen Rössl“ als Gastspiel. Der gute Besuch, den die Vorstellungen bis jetzt aufweisen, ist ein erneuter Beweis dafür, daß die Vorstellungen der Badischen Lichtspiele sich auch in den übrigen großen Städten Badens wachsender Beliebtheit zu erfreuen beginnen.

Einige interessante Zahlen über den Film „Im weißen Rössl“ möchten wir unserer verehrten Leserschaft nicht vorenthalten: Im Mannheimer Nord-Theater lief dieser Film schon seit über drei Monaten ununterbrochen, und zwar 3 St. im 1sten Theater der badischen Hauptstadt. Auch in anderen Städten ist der Erfolg dieses Filmes durchschlagend, so z. B. in Nürnberg und Frankfurt, wo der Film bereits in der vierten bzw. fünften Woche vor ausverkauften Häusern gezeigt wird.

Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Leitung der Badischen Lichtspiele sich entschlossen haben, dieses von köstlichem Humor sprühende Filmwerk dem Karlsruher Publikum nicht vorzuenthalten. Wie wir erfahren konnten, soll das „Weiße Rössl“ ab Weihnachten hier im Konzertsaal gezeigt werden. Vielleicht entschließt sich die Direktion, zu diesem Film — wie bei der „Blauen Adria“ — Charaktertänze auf der Bühne mit zu setzen; es wäre dies eine angenehme Weihnachtsüberbahrung für die Freunde der Badischen Lichtspiele.

Schmerzbürie

Die Melibenz-Lichtspiele, die von jeder eifrig bemüht waren, allen Wünschen ihrer Kunden gerecht zu werden, sehen auch diesmal wieder an erster Stelle mit einer ganz neuen Errungenschaft unserer modernen Technik, nämlich der Erleuchtung von Hörschiffen für Schwerhörige. — Es ist wohl kaum der Mühe wert, bekannt zu machen, wieviel Menschen an Schwerhörigkeit leiden, und sehr viele von diesen vom Schicksal vernachlässigt waren bis vor einiger Zeit. — Allen diesen Freunden des Filmes und auch den Melibenz-Lichtspielen ist nun geholfen, denn diese neueste Erfindung ermöglicht es auch jedem Schwerhörigen, die Wunderwelt des Tonfilmes atemlos voll und ganz genießen zu können. Die Direktion der Melibenz-Lichtspiele hat trotz der Schwere der heutigen Zeit keine Untoten gescheut und nach genauer Prüfung sich zu dieser Neuentrichtung entschlossen. Vorläufig sind in der ersten Anzahl Sitze mit diesen Hörschiffen eingerichtet, und braucht nur jeder Kunde, der davon Gebrauch machen will, um mittels dem Tonfilm folgen zu können, an der Kasse seinen Wunsch zu äußern, wonach er sofort auf den entsprechend eingerichteten Platz geführt wird. Der Kunde braucht nur einen der besten und leisesten Kopfhörer aufzusetzen, und wird erkant sein, welche Freude und vielseitigen Genüsse nun auch ihm der Tonfilm bieten wird.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Zählungen (Sitzung vom 9. Dezember)

Durch den Vorsitzenden wurde zuerst die Ehrung des Herrn Dr. Laffen für seine thätige Tätigkeit als Gemeindevorstand vorgenommen und ein Diplom überreicht. Die vorliegenden Rechnungsbefehle in Einnahme bzw. Ausgabe gewiesen. Einem Antrag wegen Nachlass des Wassergeldes wurde, da die Begründung berechtigt, entsprechend verbehalten. Ein Gesuch um Zurückziehung der angekündigten Pflanzungsmaßnahmen und Stundung der Rückstände von 1929 wurde zurückgestellt, da die Begründung fehlte. Von einem Schreiben des Kreisverbandes bez. Altpetramen Kenntnis genommen. Der Abfall in den Distrikten der Holzbauerei soll in 22 Lose geteilt und unter den Ausgezeichneten verfeigert werden. Ein weiterer Ausgezeichneter, der durch öftere Trunkenheit öffentliches Vergernis erregt, soll eine Mahnung durch das Bezirksamt erhalten. Sollte die Mahnung fruchtlos sein, muß ebenfalls Wirtschaftsverbot ausgesprochen werden.

Weihnachtsverkauf bei W. Boländer

Haben Sie schon nach dem Anferat der Firma W. Boländer gesehen, daß heute wiederum in derselben Ecke unserer Zeitung erscheint? Es ist dies eine richtige Sparecke, denn wenn Sie diese Dinge kaufen, sparen Sie wirklich eine ganze Menge Geld. Also bitte immer wieder nachsehen, ob Sie nicht wieder ein neues Angebot der Firma Boländer in der Sparecke entdecken. Die Firma Boländer gibt seit heute bei jenem Kauf reisende Serlenbilder von Filmläusen aus, die gesammelt werden können und von denen immer wieder neue Aufnahmen erscheinen. Sonntag zwischen halb 5 und 6 Uhr kommt auch wieder der Weihnachtsmann zur Bescherung der Kinder, also Grände genuss, um die Firma Boländer wieder mal aufzufuchen.

Bestell den Wahren Jacob!

DU LIEST SO VIEL. BÜCHER, PRESSE, REKLAME — ALLES STÜRMT AUF DICH EIN — DU MUSST LESEN, LESEN! LIEST DU AUCH DAS RICHTIGE? DENN IN DEINER FREIZEIT SOLLST DU DEINE LEKTÜRE SELBST BESTIMMEN! DIESE 3 ZEITSCHRIFTEN SOLLN DIR HELFER SEIN. DER WAHRE JACOB, DIE JRZ, DIE FRAUENWELT. DAS WITZBLATT DER ARBEITERSCHAFT, ILLUSTR. REPUB. ZEITUNG, DAS SOZIALIST. FAMILIENBLATT MIT DEN BEILAGEN; BEISSENDE IRONIE UND HEITERES LACHEN, AUF BETONT REPUB. GRUNDLAGE, WER WEISS RAT, GUT, APPETIT, FÜR UNS. KINDER, 16 SEITEN STARK, VIERFARBENDRUCK, 20 SEITEN STARK, KUPFERTIEFDUCK, MODETEIL, ROMANBEILAGE, VIERFARBENDRUCK. Dieser Bestellzettel ist abzutrennen und einzusenden! An VOLKSFREUND-BÜCHH ANDLUNG, KARLSRUHE/BADEN, 28 Waldstraße 28. Hiermit bestelle ich die vierzehntäglich erschein. Zeitschrift: Expl. „DER WAHRE JACOB“ . . . . . Preis 30 Pf. Expl. „FRAUENWELT“ A . . . . . Preis 35 Pf. Expl. „FRAUENWELT“ B mit Schnitt Preis 45 Pf. die wöchentlich erscheinende Zeitschrift Expl. JRZ (Illustr. Republikan. Zeitung) Preis 20 Pf. ab . . . . . für drei Monate u. laufend weiter, wenn nicht 10 Tage vor Ablauf eines Vierteljahres Abbestellung erfolgt (Wohnort, Straße, Hausnummer) (Eigenthändige Unterschrift)

